

Haushaltsdebatte

Weichen für die Zukunft gestellt

Der von der christlich-liberalen Koalition vorgelegte Haushaltsplan für das kommende Jahr findet international Beachtung. Während viele europäische Staaten mit historisch hohen Arbeitslosenzahlen kämpfen, beschreiten CDU, CSU und FDP bereits einen klaren Weg der Konsolidierung. Trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen wird die christlich-liberale Regierung 2011 die Schuldenbremse einhalten. Die Koalition spart aber nicht an der Zukunft, sondern für die Zukunft: Die Ausgaben für Bildung und Forschung sowie die Kinderbetreuung bleiben unverändert auf hohem Niveau.

Mit Deutschland geht es aufwärts, die christlich-liberale Koalition ist ein Erfolgsmodell – das sind die wichtigsten Botschaften der Haushaltsrede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom Mittwoch. Den stärksten Applaus erhielt die Regierungschefin, als sie auf die arbeitsmarktpolitischen Erfolge der unionsgeführten Koalition hervorhob. Im letzten Winter unter Kanzler Schröder waren noch 5,3 Millionen Menschen ohne Arbeit, heute gibt es dagegen nur noch rund drei Millionen Erwerbslose – und das trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitsplätze. „Wenn zwei Millionen Menschen weniger arbeitslos sind, dann profitieren davon Millionen von Familien.“ Diese Entwicklung gebe den Bürgern Hoffnung, so die Bundeskanzlerin.

Angela Merkel verwies auf die wichtigen Weichenstellungen, die die christlich-liberale Regierungskoalition zur Stabilisierung der positiven Arbeitsmarktentwicklung vorgenommen hatte. Erst im Frühjahr hatten CDU, CSU und FDP einen umfassenden Schuttschirm für Arbeitnehmer auf den Weg gebracht, der unter anderem eine drohende Erhöhung der Krankenversicherungs-Beiträge verhinderte. Milliarden schwere Konjunkturprogramme, aber etwa auch die Erhöhung des Kindergelds sorgten dafür, dass vor allem die Binnennachfrage stark wuchs.

Dr. Hans-Peter Friedrich, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, führte den Abgeordneten vor Augen, in welch hohen Tönen die Auslandspresse die sensationelle wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland lobt. So forderte Frankreichs früherer Premierminister Edouard Balladur seine Landsleute im „Figaro“ auf, „dem Mut der Deutschen zu folgen“, während eine führende niederländische Zeitung titelte: „Deutsche Lok zieht Europa aus dem Tal“. Den vom Ausland attestierten Mut schrieb Friedrich vor allem den Bürgerinnen und Bürgern zu (siehe auch Seite 3).

Die Opposition zeigte sich im Verlauf der Haushaltsdebatte im Bundestag zunehmend nervös. Insbesondere die SPD-Abgeordneten sahen keine andere Möglichkeit, als Angela Merkels Rede auf unwürdige Weise zu stören. Ständige Zwischenrufe sollten es den Zuhörern unmöglich machen, der Bundeskanzlerin zu folgen, als diese auf die Unzuverlässigkeit der Genossen hinwies. So hatte die SPD in der parlamentarischen Sommerpause ihre Haltung zum Renteneintrittsalter – ohne Rücksicht auf die Interessen Deutschlands – um 180 Grad verkehrt. Damit hatte sich die SPD von den Positionen ihres Alt-Vorsitzenden Müntefering sowie einiger ihrer versiertesten Fachleute, etwa Bert Rürups, abgewandt. In der aktuellen Sonntagsfrage kommt die SPD nur noch auf 24 Prozent.

**Schuldenbremse
eingehalten**

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,*

die Debatte um das Buch von Thilo Sarrazin macht deutlich: Der mangelnde Integrationswille vieler Migranten bewegt die Menschen in Deutschland. SPD, Grüne und Linkspartei sind hier noch nicht in der Realität angekommen. Statt sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen und Lösungen zu erarbeiten, halten sie an Multi-Kulti fest und verharren somit in der Vergangenheit. Von den vielen richtigen Zustandsbeschreibungen ihres Genossen Sarrazin versucht die SPD-Spitze abzulenken, indem sie ein Theater um seinen Parteiausschluss inszeniert.



Ganz anders die Union: CDU und CSU setzten durch, dass Einwanderer Integrationskurse besuchen und die deutsche Sprache erlernen müssen – auch und vor allem im Falle des Nachzugs von Ehegatten. Denn: Wer in Deutschland lebt, muss Deutsch sprechen können. Diese schlichte Feststellung der CSU-Landesgruppe hat die vereinte Linke jahrelang heftig bekämpft. Schritt für Schritt haben wir jedoch besserer Einsicht Bahn gebrochen. Mit der Ernennung einer Staatsministerin für Integration machte die unionsgeführte Bundesregierung deutlich, dass ihr die Eingliederung der Migranten am Herzen liegt. Die von der Union initiierte Islamkonferenz zeigt, dass wir auch die Kultur und den Glauben von Muslimen ernst nehmen.

Trotz dieses entschlossenen Wegs bleiben manche Integrationsprobleme weiterhin offen – was 40 Jahre lang versäumt wurde, kann nicht in vier Jahren aufgeholt werden. Sie können sich aber darauf verlassen, dass die CSU-Landesgruppe in der Integrationspolitik weiterhin entschlossen handeln und dem Prinzip vom „Fordern und Fördern“ folgen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Reinhard Brandl MdB

Die Haushalte der CSU-Bundesminister

Verteidigung



Insgesamt umfasst der von Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg verantwortete Etatentwurf rund 31,5 Milliarden Euro. Dies entspricht zwar einem nominalen Anstieg von knapp 440 Millionen Euro im Vergleich zu 2010, der jedoch allein darauf zurückzuführen ist, dass erstmals Mietzahlungen für die Liegenschaften im Wehrbereich Nord aus dem Verteidigungshaushalt zu entrichten sind. Tatsächlich leistet auch das Verteidigungsministerium einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und zur Einhaltung der Schuldenbremse. Trotz dieser haushaltspolitischen Zwänge wird der Regierungsentwurf seinem Anspruch vollauf gerecht, die Bundeswehr als leistungsfähiges Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken.

Landwirtschaft



Mit ihrem Haushaltsplan für 2011 schafft die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, eine solide finanzielle Basis für eine zuverlässige Ernährungs-, Agrar- und Verbraucherpolitik. Nach wie vor kommt der größte Teil des Haushalts den Bauern zu Gute: Über 3,7 Milliarden Euro sind 2011 für die landwirtschaftliche Sozialpolitik vorgesehen. Bei der Agrardieselvergütung konnte der Selbstbehalt von 350 Euro pro Betrieb und die Obergrenze von 10.000 Litern auf Dauer gestrichen werden. Dadurch wird die Landwirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Weitere Schwerpunkte des Engagements von Bundesministerin Ilse Aigner sind Forschung und Entwicklung sowie der Verbraucherschutz.

Verkehr und Bau



Der Etatentwurf des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zeigt, wie verantwortliche Verkehrspolitik aussieht: Trotz strenger Sparvorgaben und eines Beitrages zur Einhaltung der im Grundgesetz festgeschriebenen Schuldenbremse kann ein Investitionsvolumen für Verkehrsprojekte von rund 9,8 Milliarden Euro bis 2014 aufrecht erhalten werden. Das bedeutet, dass die Investitionen trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen sogar ausgeweitet werden konnten. Von den 25 Milliarden Euro, die Bundesminister Dr. Peter Ramsauer zur Verfügung stehen, investiert er insgesamt sogar mehr als die Hälfte, nämlich rund 13,5 Milliarden Euro. Das macht den Wirtschaftsstandort Deutschland stark für die Zukunft.

Diese Woche

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| Haushaltsdebatte Weichen für die Zukunft gestellt | 1 |
| Die Haushalte der CSU-Bundesminister im Einzelnen: Verteidigung, Landwirtschaft und Verkehr und Bau | 2 |
| Wehrdienstreform Moderne Truppe für das 21. Jahrhundert | 2 |
| Haushaltsdebatte Deutschlands Chancen nutzen | 3 |
| Sicherungsverwahrung Innerer Sicherheit: Vernunft siegt | 4 |
| Energiekonzept Günstiger Strom als Brücke zu erneuerbaren Energien | 4 |
| Integrationsprogramm Deutsch muss sein | 4 |

IMPRESSUM:
 Verantwortlich für Seite 1:
 Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete
 Redaktion: Tassilo Wanner
 11011 Berlin · Platz der Republik 1
 Telefon: (030) 227 - 70212
 Telefax: (030) 227 - 76712
 e-mail: bab@cducsu.de
 internet: www.csu-landesgruppe.de

Wehrdienstreform

Moderne Truppe für das 21. Jahrhundert

Die Bundeswehr muss in Teilen auf ein neues Fundament gestellt werden, um auf Dauer stabil zu bleiben. Das ist das Ergebnis umfassender Analysen über den Zustand und die Zukunft der Armee, mit denen Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg das von ihm geführte Verteidigungsministerium beauftragt hatte. Vor diesem Hintergrund setzt sich der Bundesverteidigungsminister für die Aussetzung der Wehrpflicht ein, die aber jedenfalls im Grundgesetz verankert bleiben soll.

Obwohl die Bundeswehr derzeit über 252.000 Angehörige verfügt, können nicht mehr als 7.000 Soldaten durchhaltefähig ins Ausland entsandt werden – und selbst diese Frauen und Männer leisten ihren Dienst im Ausland nicht unter optimalen Bedingungen. Sie müssen derzeit vielmehr mit organisatorischen Mängeln und einer Unterfinanzierung der Einsätze leben.

Diese Missstände will Bundesminister zu Guttenberg nun beheben. Zu diesem Zweck scheut er auch nicht vor einer grundsätzlichen Neustrukturierung der Streitkräfte zurück. Vielmehr stellt der Verteidigungsminister den Mut unter Beweis, die gesamte Organisation der Bundeswehr in Frage zu stellen, um die Armee so

gut wie möglich auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten.

Nun hat sich zu Guttenberg für eine Aussetzung der Wehrpflicht zu Gunsten einer Freiwilligenarmee ausgesprochen. Hierzu legte er verschiedene Konzepte vor, die unterschiedlich hohe Truppenstärken beinhalten. Zu Guttenberg entschied allerdings bereits, dass die Bundeswehr in jedem Fall mindestens über 163.500 Mann verfügen müsse. In einer auf diese Weise verkleinerten Armee könnten, so der Verteidigungsminister, aufgrund erhöhter Effizienz mindestens 10.000 Soldaten gleichzeitig einsatzbereit sein. Ein freiwilliger kurzer Dienst in der Bundeswehr soll weiterhin möglich bleiben.

Haushaltsdebatte

Deutschlands Chancen nutzen

Der Aufschwung in Deutschland ist der Verdienst aller Bürger – so lautete die Kernbotschaft der fulminanten Rede, mit der Dr. Hans-Peter Friedrich am Mittwoch Bilanz über das erste Jahr der christlich-liberalen Koalition zog. Der Brief aus Berlin dokumentiert die Rede in einer stark gekürzten Fassung.

Wir haben allen Grund, selbstbewusst zu sein. Wir haben alle Chancen, im Jahresdurchschnitt auf ein Wachstum von 3,0 Prozent, vielleicht sogar auf mehr, zu kommen. Das ist eine großartige Leistung, die die Wirtschaftsdynamik dieser Volkswirtschaft widerspiegelt.

Statt fünf Millionen Arbeitslosen, wie zu Zeiten von Rot-Grün, haben wir nur noch 3,2 Millionen oder sogar weniger. 280.000 Menschen fanden allein im letzten Jahr aufgrund der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse einen neuen Arbeitsplatz. Diese Menschen profitieren vom Aufschwung. Hunderttausende von Kurzarbeitern, die noch vor einem Jahr um ihren Arbeitsplatz gebangt haben, arbeiten jetzt wieder Vollzeit. Auch bei ihnen kommt der Aufschwung an. Er kommt auch bei den vielen Millionen an, die jetzt oder eines Tages auf die sozialen Sicherungssysteme angewiesen sein werden. Sie sind durch diesen Aufschwung wieder sicherer geworden, und auch sie profitieren insofern von diesem Aufschwung.

Nun ist die Frage: Wie kommt dieser großartige Aufschwung in Deutschland, anders als in anderen europäischen Ländern, anders als in anderen Industrieländern, zustande? Erstens: Die deutsche Volkswirtschaft hat eine großartige Substanz. Wir haben qualifizierte, fleißige Arbeitnehmer und innovative, risikofreudige Unternehmer. Das ist ein wichtiges Potenzial, das wir haben und brauchen.

Zweitens haben wir ein gutes Krisenmanagement der Politik, angefangen bei einem Konjunkturpaket, das die Einbrüche in der Krise aufgefangen hat.

Drittens hat der Zukunftsoptimismus in diesem Land ganz wesentlich dazu beigetragen. Es gibt diesen Zukunftsoptimismus, weil diese christlich-liberale Koalition Ja sagt zu Leistung, Ja sagt zu Eigentum,

Ja sagt zu moderner Technologie, Ja sagt zu Versorgungssicherheit im Energiebereich, Ja sagt zu mehr Innovation, zu mehr Forschung, zu mehr Bildung.

Die Opposition steht für exakt das Gegenteil von Aufbruch, Zuversicht und Zukunftsoptimismus. Ihre Forderung nach Steuererhöhungen vernichtet die Basis für Investitionen. Ihre Forderung nach einer Vermögensteuer bedeutet den Eingriff in das, was sich Menschen in mühsamer Arbeit ihr Leben lang geschaffen haben. Ihre Forderung nach höheren Energiepreisen vernichtet Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland. Ihre Umverteilungsideologie zerstört die Leistungsbereitschaft. Dafür steht Rot-Grün, und dafür steht die linke Seite dieses Hauses.

Es ist mutig, was unsere Minister in ihren Ressorts im Einzelnen leisten. Ich will nur einige herausgreifen. Peter Ramsauer, der Bundesverkehrsminister, leistet großartige Arbeit,

wenn es darum geht, die Substanz, die für dieses Land wichtig ist, die Infrastruktur, aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wir sparen in der wichtigen Frage der Infrastruktur nicht bei den Zukunftsinvestitionen; denn die Erschließung des Raumes, die Entwicklung des Landes ist davon abhängig.

Ilse Aigner, die Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, kämpft dafür, dass der ländliche Raum mit seinem Potenzial, mit seinen großartigen Möglichkeiten eine Zukunft hat, sich einbringen kann in die Entwicklung unseres Landes.

Schließlich: Klare Orientierung, Mut und Entschlossenheit kennt einen Namen in Deutschland: Karl-Theodor zu Guttenberg. Er analysiert Reformbedarf, schlägt Lösungen vor und setzt sie durch. Das ist entschlossene und gestaltende Politik. Darum geht es. Deswegen werden wir dieses Land nach vorn bringen.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Unverbesserlich

„Der Kanzler der Alliierten“ – für diese Beleidigung Dr. Konrad Adenauers wurde Kurt Schumacher 1949 für 20 Sitzungstage aus dem Deutschen Bundestag ausgeschlossen. In diese Fußstapfen wollte sich offenbar auch Gregor Gysi, Fraktionschef der Linkspartei, von 1967 bis 1989 SED-Mitglied, begeben. Er beschimpfte Dr. Angela Merkel am Mittwoch im Bundestagsplenum als „Kanzlerin der Bankenlobbyisten, der Pharma-lobbyisten und der Atomlobbyisten“. Augenzeugen wollen beobachtet haben, dass der Schaum vor seinem Mund noch zunahm, als sich die Kanzlerin von seinen Hasstiraden unbeeindruckt zeigte. Ein Ausschluss aus dem Parlament hätte auch keinen Sinn – eine Aussicht auf Besserung ist bei Gysi nicht zu erkennen.

Unverantwortlich

Die Sozialisten im Europäischen Parlament wollen Asylbewerber besser stellen als deutsche Staatsbürger. Auf diesen Missstand machte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Dr. Hans-Peter Friedrich, im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in Straßburg aufmerksam. Unterstützt von Grünen und der Linken fordern die Abgeordneten der SPD und ihrer Partner, Asylbewerbern automatisch einen staatlich finanzierten Anwalt zur Seite zu stellen. Das rot-rot-grüne Bündnis im Europäischen Parlament will die Neufassung des Asylrechts nutzen, um Asylbetrüger Tür und Tor zu öffnen – und können auf die Unterstützung der Bundes-SPD rechnen. Friedrichs Appell an die deutsche Sozialdemokratie, ihre europäischen Genossen zu stoppen, blieb ungehört.

Sicherungsverwahrung

Innerer Sicherheit: Vernunft siegt

Bei der Neuregelung der Sicherungsverwahrung hat sich einmal mehr die Standhaftigkeit der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ausgezahlt. Die nun getroffene Einigung zwischen Union und FDP wahrt die Sicherheitsinteressen der Bürger in Deutschland. In den Verhandlungen hatte sich die CSU-Landesgruppe erfolgreich für eine neue Form der Sicherungsverwahrung für gefährliche Straftäter eingesetzt.

In der Sommerpause einigte sich die christlich-liberale Koalition auf ein gemeinsames Konzept zur Verwahrung gefährlicher Straftäter. Dabei konnten die wesentlichen Forderungen der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag auch gegen teilweise vorhandene Widerstände beim Koalitionspartner durchgesetzt werden. Eine vorbehaltene Sicherungsverwahrung soll nun die Funktion der nachträglichen Sicherungsverwahrung übernehmen. Eine Sicherungsverwahrung kann nun nicht mehr nur unmittelbar mit dem Ausspruch des Urteils, sondern auch noch bis direkt vor dem Ende der Haft angeordnet werden. Das schützt die Bürger vor gefährlichen Straftätern.

Zudem umfasst die erzielte Einigung die Einführung einer elektronischen Fußfessel. Dies führt zu einem weiteren Gewinn an Sicherheit, da einige Täter in der Vergangenheit trotz polizeilicher Auflagen rückfällig geworden sind. Von besonderer Bedeutung ist auch die völlig neu geschaffene Unterbringungsmöglichkeit für gefährliche Gewalt- und Sexualstraftäter, die voraussichtlich auch auf die rund 70 Altfälle angewendet werden kann. Die nun angestrebte, umfassende und praxisgerechte Regelung führt damit zu einer deutlichen Stärkung der öffentlichen Sicherheit. Sie war zum Schutze unserer Gesellschaft vor Intensivtätern schlicht unverzichtbar.

Integrationsprogramm

Deutsch muss sein

Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Eingliederung von Migranten. Das neue Integrationsprogramm der Bundesregierung zeigt zusätzliche Wege zur Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund auf.

Mehr als eine Million Migranten in Deutschland sprechen nicht ausreichend Deutsch. Diesen durch rot-rot-grüne Multi-Kulti-Politik hervorgerufenen Missstand will die christlich-liberale Regierung aktiv bekämpfen. Das Anfang September vorgelegte Integrationsprogramm der Bundesregierung schlägt daher vor, Angebote zur sprachlichen Bildung in Kindertagesstätten und Schulen eng mit der Hausaufgabenhilfe, Förderunterricht und anderen bestehenden Institutionen zu verknüpfen. Die CSU-Landesgruppe fordert die sofortige und umfassende Umsetzung dieser Vorschläge in allen Kommunen sowie auf Landes- und Bundesebene.

Energiekonzept

Günstiger Strom als Brücke zu erneuerbaren Energien

Die christlich-liberale Koalition hat als erste Bundesregierung seit Jahrzehnten ein umfassendes Energiekonzept vorgelegt, das mit Strom, Wärme und Verkehr alle Nutzungspfade umfasst. Dieses Konzept bildet die Grundlage für eine verantwortungsvolle Politik für Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Klimaschutz.

Die Energiepolitik hat sich über die vergangenen Jahre zu einem Schlüsselbereich entwickelt, auf dem sich die Zukunft unseres Landes entscheidet. Auf diesem Feld stellt die Regierungskoalition nicht nur hinsichtlich der Energieversorgung der nächsten Jahrzehnte wichtige Weichen, sondern auch in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit über den Wohlstand in unserem Land. Die Menschen und Unternehmen in Deutschland erwarten zum einen niedrige Energiepreise, zum anderen aber auch Strom, der jederzeit und in hoher Qualität verfügbar ist. Gleichzeitig fühlt sich die christlich-liberale Regierung dem Schutz des Klimas verpflichtet.

Das nun vorgelegte Energiekonzept der christlich-liberalen Koalition sichert die Energieversorgung für die



Solaranlage auf dem Dach des Bundeskanzleramtes
(Quelle: Bundesbildstelle / Bienert)

nächsten Jahrzehnte. Den Schwerpunkt bilden hierbei die erneuerbaren Energien. Bis 2050 soll ihr Anteil am Bruttostromverbrauch auf 80 Prozent steigen. Das Energiekonzept, das

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gemeinsam mit den Experten der Regierungskoalitionen erarbeitete, weist ideologiefrei den Weg zu diesem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Damit nimmt Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Stärkung der regenerativen Energien ein. Innerhalb der Bundesrepublik liegt Bayern, wo bereits 25 Prozent des Strombedarfs durch erneuerbare Energiequellen gedeckt werden, an der Spitze.

Die CSU im Deutschen Bundestag legt großen Wert darauf, dass bei jeder einzelnen energiepolitischen Maßnahme streng auf das Gleichgewicht ihrer Ziele der Sicherheit, Sauberkeit und Bezahlbarkeit geachtet wird.